



Amtsgericht Arnshausen

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Dienstag, 25.02.2025, 09:30 Uhr,
1. Etage, Sitzungssaal A 109, Eichholzstr. 4, 59821 Arnshausen**

folgender Grundbesitz:

**Grundbuch von Arnshausen, Blatt 1497,
BV lfd. Nr. 2**

1/1 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Arnshausen, Flur 18, Flurstück 520, Gebäude- und Freifläche, Jägerstraße 5, Größe: 119 m²

versteigert werden.

Laut Gutachten handelt es sich um ein dreigeschossiges, unterkellertes Wohn- und Geschäftshaus (Baujahr 1908). Die nicht mehr genutzte Geschäftsfläche wird mit 69qm geschätzt. Die Wohnfläche wird auf 156qm geschätzt. Eine Begehung war nicht möglich. Objekt wird durch den Eigentümer genutzt.

Das Gebäude ist im Verzeichnis zu schützender Kulturgüter eingetragen.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 15.01.2024 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG zum Stichtag 30.07.2024

auf

€56.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.